

# freiheit

Ausgabe 07/20

das österreichische arbeitnehmerinnen- und arbeitnehmermagazin

Foto: Arno Melicharek/BKA



## Es wird wieder ernst

Im Interview mit der *freiheit* spricht der Bundeskanzler über die nächsten Monate und gibt einen Ausblick aufs Jahr 2021.

Die GEDESAG baut für Sie in Niederösterreich  
gefördert & provisionsfrei

MEIN HEIM  
**GEDESAG**



## Ihr Wohntraum liegt ganz in der Nähe

Erfüllen Sie sich Ihren Wunsch vom Eigenheim in einem unserer Reihenhäuser oder Wohnungen.

Wie auch immer Ihr zu Hause aussehen soll, wir beraten Sie gerne und helfen Ihnen bei der Suche nach Ihrem neuen Heim.

Gemeinsam finden wir das richtige Objekt, damit Ihrer Zukunft in den eigenen vier Wänden nichts mehr im Wege steht.

[www.gedesag.at](http://www.gedesag.at)

Besichtigung & Beratung +43 2732/ 833 93  
3500 Krems/Donau, Bahnzeile 1  
info@gedesag.at

**FLIEGEN  
WIE EIN VOGEL**  
Ab 01.09. Birdly®-  
Flugerlebnis wieder  
buchbar!\*

## FASZINATION FLUGHAFEN BESUCHERWELT

Die Flughafen Wien Besucherwelt: **Erlebnisraum | Tour | Terrasse**  
Anmeldung und Tickets unter: **01-7007-22150** oder  
[www.viennaairport.com/besucherwelt](http://www.viennaairport.com/besucherwelt)

**VIC** Vienna International Airport

\*Derzeit ist der Birdly Flug nur als Add-on zur Tour buchbar

Die Sicherheit und Gesundheit unserer Besucherinnen und Besucher hat für uns oberste Priorität. Umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen bieten Ihnen ein unbeschwertes und bereicherndes Besucherlebnis. Alle Informationen zu Ihrem Besuch finden Sie unter [viennaairport.com/besucherwelt](http://viennaairport.com/besucherwelt)

## EDITORIAL

### **Liebe Leserin, lieber Leser der *freiheit!***

Für Familien waren die vergangenen Monate eine besondere Herausforderung. Um Eltern auch für die Herbst- und Wintermonate im kommenden Schuljahr 2020/2021 die Möglichkeit zu eröffnen, in der Zeit der Schließung von Schulen oder Kinderbetreuungseinrichtungen bei ihren Kindern zu sein, wird die Maßnahme der Sonderbetreuungszeit verlängert werden. Gleiches gilt auch weiterhin für die Betreuung von Menschen mit Behinderungen und von pflegebedürftigen Personen.

Für den Zeitraum von Oktober 2020 bis einschließlich Februar 2021 wird die Sonderbetreuungszeit bis zu weitere drei Wochen gewährt werden können. Der Arbeitgeber zahlt das Entgelt wie üblich fort, kann sich aber vom Staat die Hälfte der Kosten für das Entgelt auf Antrag bei der Bundesbuchhaltungsagentur erstatten lassen.

Die Sonderbetreuungszeit wurde bis jetzt vor allem von berufstätigen Eltern, die Betreuungspflichten für Kinder bis 14 Jahre haben, in Anspruch genommen. So konnte 25.000 Familien geholfen werden, um 30.000 Kinder, Menschen mit Behinderungen und nahe Angehörige zu betreuen. An diesem Erfolgskonzept wird daher auch in den kommenden Monaten festgehalten. Für den Fall der Erkrankung eines Kindes gebührt unverändert ein Anspruch auf Pflegefreistellung und Betreuungsfreistellung nach dem Urlaubsgesetz, Angestelltengesetz und Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch.

Das Team der *freiheit* wünscht Ihnen viel Freude bei der Lektüre unserer aktuellen Ausgabe. Und vor allem: Gesund bleiben!

Mag. Nikola König-Weixelbraun  
**freiheit**-Chefredakteurin



Foto: ÖVP/Sabine Klimpert

christoph.zarits@oeaab.com  
www.facebook.com/zarits.christoph

Die Coronavirus-Krise hat die Arbeitswelt verändert. Als im März klar wurde, dass auch Österreich nicht vom Coronavirus verschont bleiben würde, musste alles schnell gehen – auch der Umstieg von der Arbeit im Büro auf Homeoffice. Vielerorts wurden innerhalb kürzester Zeit Monitore abmontiert, Laptops ausgegeben, digitale Kommunikationstools aufgesetzt und neue Arbeitsmethoden organisiert. Zoomen war nicht mehr nur auf Fotografie bezogen, sondern ein alltäglicher Begriff in der Kommunikation mit den Kolleginnen und Kollegen.

## HOMEOFFICE – JA, ABER BITTE MIT KLAREN REGELN!

EIN GASTKOMMENTAR VON ÖAAB-GENERALSEKRETÄR CHRISTOPH ZARITS

Wurde Homeoffice zuvor nur sehr eingeschränkt praktiziert, kam es im Zuge der Coronavirus-Krise zu einem regelrechten Boom. So haben 96 Prozent der befragten Unternehmen Homeoffice während des „Lockdown“ intensiv genutzt, wie eine Deloitte-Befragung in Kooperation mit der Universität Wien und der Universität Graz zeigt.

Und diese Studie legt nahe, dass dieses neue Arbeitsmodell auch künftig von vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Anspruch genommen werden. Die Mehrheit der insgesamt 300 befragten Unternehmen (82 Prozent) rechnet damit, dass Homeoffice auch „nach Covid-19“ von mehr Beschäftigten genutzt werden wird. 83 Prozent sind überzeugt, dass sogar jene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verstärkt von zu Hause aus arbeiten werden, bei denen das aufgrund ihrer Aufgaben bisher undenkbar war.

Damit mobiles Arbeiten für alle Beteiligten gut funktioniert, braucht es allerdings eindeutige Regeln und eine klare Kommunikation für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Hier gilt es, dringend die Fragestellungen, die sich in den Monaten der Pandemie aufgetan haben, zu klären. Gerade in den Bereichen Arbeitnehmerschutz und Arbeitsrecht, aber auch in Zusammenhang mit Home-Schooling und Burnoutprävention muss dieser Bereich betrachtet werden.

Aber neben den rechtlichen Fragen müssen wir auch unsere Denkweisen überarbeiten. Wir müssen – um diese neue Möglichkeit schadlos nutzen zu können – die Leistung FÜR das Unternehmen und nicht die Präsenz IM Unternehmen in den Vordergrund rücken.

Unser Bundeskanzler Sebastian Kurz hat in seiner Erklärung Ende August auch das Thema Homeoffice auf seine Agenda gesetzt, und die Sozialpartner beauftragt, hier Lösungen zu erarbeiten. Auch wir als christlich-soziale Arbeitnehmerbewegung werden daran mitarbeiten und uns aktiv mit unserer Expertise einbringen. Denn wir wollen für die arbeitenden Menschen die beste Lösung!

### Impressum

**Herausgeber:** Wiener Pressverein Medieninhaber: Wiener Pressverein (Vorstand Dir. Walter Mayr, Hans Stefan Hintner, Rudolf Habeler) | **Blattlinie:** Christlich-soziale Arbeitnehmerpolitik | **Redaktion:** Mag. Nikola König-Weixelbraun, Sabine Egerer, Irene Peer-Polzer, Mag. Elisabeth Halvax | **Anzeigerverwaltung:** Sabine Egerer, Lichtenfelsgasse 7, 1010 Wien, 01/40141-596 | **Layout:** Dipl.-Ing. Albrecht Oppitz | **Herstellung:** Walstead NP Druck Gesellschaft m.b.H., Gutenbergstraße 12, 3100 St. Pölten. Namentlich gezeichnete Artikel müssen sich nicht mit der Meinung der Redaktion decken.

# Es wird wieder ernst

Seit gut einem halben Jahr beschäftigt uns nun bereits das Coronavirus. Bundeskanzler Sebastian Kurz und sein Regierungsteam haben in den vergangenen sechs Monaten alles dafür getan, um die Österreicherinnen und Österreichern bislang bestmöglich durch diese Krise zu bringen. Im Video-Interview mit der *freiheit* spricht der Bundeskanzler über die nächsten Monate und gibt einen Ausblick aufs Jahr 2021.

**freiheit:** Herr Bundeskanzler, die Infektionszahlen steigen wieder an und somit ist derzeit wieder noch mehr Vorsicht geboten, wenn es um Kontakt mit unseren Mitmenschen im Alltag geht. Worauf werden wir besonders achten müssen, wenn es darum geht, einen zweiten Lockdown zu verhindern?

**Sebastian Kurz:** Das Wichtigste ist, dass jeder von uns seinen Beitrag leistet, um diese herausfordernde Zeit gut bewältigen zu können. Daher werden wir im Sinne der Eigenverantwortung und zum Schutz unserer Mitmenschen soziale Kontakte einschränken müssen, insbesondere jene, die nicht zwingend notwendig sind. Es gilt ganz klar der Appell, die Maßnahmen der Bundesregierung einzuhalten, denn jeder Einzelne kann durch eigenverantwortliches Handeln einen Beitrag leisten, dass wir es schaffen, weiterhin gut durch die Krise zu kommen. Wir müssen uns bewusst sein, dass es wieder ernst wird.

**freiheit:** Ein Thema, das vor allem Menschen mit Kindern in den vergangenen Wochen sehr beschäftigt hat, war die Angst vor neuerlichen Schulschließungen, die für viele Elternteile eine Doppelbelastung zur Folge hatten. Welche Maßnahmen werden hier getroffen, damit Eltern ihre Kinder guten Gewissens in den Unterricht schicken können?

**Kurz:** Vorab möchte ich klarstellen, dass es nie eine Garantie dafür geben kann, ob einzelne Schulen noch einmal geschlossen werden müssen oder nicht. Jedoch, und das möchte ich besonders betonen, wollen wir auf jeden Fall verhindern, dass es zu flächendeckenden

Schließungen von Schulen kommt. Der Schulbetrieb wurde so normal wie nur irgendwie möglich gestartet. Bildungsminister Heinz Faßmann hat einen sehr durchdachten Plan festgelegt, wie bei den unterschiedlichen Gefährdungsstufen trotzdem ein Schulalltag aufrechterhalten werden kann. Distance Learning soll nur im absoluten Worst Case notwendig werden. Für dieses Szenario haben wir als Bundesregierung beschlossen, dass der Sonderurlaub zur Kinderbetreuung für Elternteile verlängert wird.

**freiheit:** Das Coronavirus hat neben der weltweiten Gesundheitskrise auch die schwerwiegendste Weltwirtschaftskrise der Zweiten Republik ausgelöst. Als Bundeskanzler haben Sie sehr schnell reagiert und im Vergleich zu anderen Ländern mit dem Kurzarbeitsmodell, dem Fixkostenzuschuss und nicht zuletzt der vorgezogenen Senkung des Eingangsteuersatzes von 25 Prozent auf 20 Prozent umgehend Maßnahmen gesetzt, um dem weltweiten Wirtschaftseinbruch entgegenzuwirken und den Konsum wieder anzukurbeln. Wie wird es mit dem Wirtschaftsstandort Österreich und den vielen daran hängenden Arbeitsplätzen in den kommenden Monaten weitergehen?

**Kurz:** Wir haben seit meiner Zeit als Bundeskanzler immer einen großen Wert auf ein ausgeglichenes Budget gelegt. Als Staat gut und vorbildlich zu wirtschaften und einen sorgsam Umgang mit dem Steuergeld zu pflegen, das war immer mein Anspruch. Das macht sich natürlich in Zeiten der Krise positiv bemerkbar und war ausschlag-

gebend dafür, dass wir das größte Wirtschaftshilfspaket aller Zeiten schnüren konnten. Um die Wirtschaft gut aus dieser Weltwirtschaftskrise zu führen, braucht es drei Säulen: Rettung der besonders betroffenen Branchen, Entlastung der arbeitenden Menschen und Investitionen in den Wirtschaftsstandort Österreich. Natürlich ist Österreich als traditionelles Exportland abhängig von der Entwicklung der Weltwirtschaft, aber ich werde mich als Bundeskanzler unermüdlich dafür einsetzen, dass wir es schaffen, Österreich und den heimischen Wirtschaftsstandort gestärkt aus dieser Krise hervorgehen zu lassen.

**freiheit:** Ältere und pflegebedürftige Menschen waren diejenigen, die mitunter am meisten unter den im Nachhinein betrachteten notwendigen Maßnahmen der Bundesregierung gelitten haben. Wie wird es für die Risikogruppen weitergehen? Welche Lehren ziehen Sie daraus?

**Kurz:** Als Regierung haben wir immer versucht, die Gesundheit der Menschen in den Vordergrund zu stellen. Gerade unsere älteren sowie pflegebedürftigen Mitmenschen brauchen in so einer Situation besonderen Schutz, denn wir hatten in der Hochphase ein großes Ziel: die Bilder aus Spanien, Italien oder jetzt aus Südamerika um jeden Preis zu verhindern. Jetzt gilt es, ein sicheres Besuchsumfeld in Pflegeheimen und Krankenhäusern zu schaffen, damit auch bei wieder ansteigenden Infektionszahlen der Besuch von Familie und Freunden weiterhin möglich sein wird. Dies soll vor allem durch regelmäßige und schnelle Testverfahren sowie unter Einhaltung der Hygienemaßnahmen



Bundeskanzler Sebastian Kurz beim digitalen Interview über Videochat mit der freiheit-Chefredakteurin Nikola König-Weixelbraun

sichergestellt werden. Mit dem Pakt gegen Alterseinsamkeit haben wir als Bundesregierung einen ersten Schritt gesetzt, um dieser Problematik nachhaltige und effektive Lösungen entgegenzusetzen.

**freiheit: Zu den Vorfällen im Flüchtlingslager Moria und der dadurch neu entfachten Debatte um die zusätzliche Aufnahme von Flüchtlingen in Österreich: Welchen Kurs werden Sie hier künftig verfolgen?**

**Kurz:** Wir haben die christlich-soziale Verantwortung, den Ärmsten der Armen vor Ort zu helfen, in Griechenland, wie auch in vielen anderen Staaten dieser Welt. Dieser Verantwortung kommen wir nach und leisten massiv Hilfe vor Ort, indem wir Unterkünfte für 2000 Flüchtlinge nach Griechenland geschickt haben und die Mittel des AKF auf 50 Millionen Euro verdoppeln. Damit werden wir die Lebensbedingungen der Migranten, insbesondere für Frauen und Kinder, in Griechenland verbessern und arme Länder bei der Bewältigung der Corona-Pandemie unterstützen. Österreich hat bei der Aufnahme von Flüchtlingen schon bisher extrem viel geleistet - mehr als die meisten anderen europäischen Länder. Im Pro-Kopf-Vergleich hat seit 2015 nur Schweden mehr Kindern Schutz gewährt als Ös-

terreich. Alleine im Jahr 2020 haben wir bereits 3700 Kinder aufgenommen, das sind über 100 Kinder pro Woche. Wenn jetzt andere sich dafür rühmen 4, 12, 20 oder 100 Kinder aufzunehmen, dann ist das, im Vergleich zu dem was Österreich ständig leistet, reine Symbolpolitik. Dafür war ich in der Vergangenheit nicht zu haben und werde es auch in der Zukunft nicht sein. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass wir nach wie vor große Herausforderungen bei der Integration derjenigen haben, die 2015 zu uns kamen. Derzeit sind rund 30.000 anerkannte Flüchtlinge ohne Arbeit.

**freiheit: 2020 war ohne Zweifel ein herausforderndes und in jeglicher Hinsicht noch nie dagewesenes Jahr, das uns allen schon bisher viel abverlangt hat. Was erwartet uns 2021?**

**Kurz:** Wie bereits in den vergangenen Wochen mehrmals erwähnt, ist die gute Nachricht: Es gibt Licht am Ende des Tunnels. Es ist sehr wahrscheinlich, dass diese Coronakrise kürzer andauern wird als viele Experten ursprünglich vorhergesagt haben. Klar muss aber auch sein, dass in den nächsten Monaten noch eine herausfordernde Zeit vor uns liegt. Die kältere Jahreszeit und der wieder angelaufene Schulbetrieb führen dazu, dass sich wieder mehr Aktivitäten von draußen nach drinnen

verlagern. Deshalb wird es in den kommenden Wintermonaten noch wichtiger sein, die notwendigerweise wieder verschärften Maßnahmen der Bundesregierung sowie die Hygienemaßnahmen konsequent einzuhalten. Daher mein Appell: Jeder Einzelne muss sich seiner Eigenverantwortung bewusst werden, denn nur gemeinsam werden wir es schaffen, einen neuerlichen Anstieg der Infektionszahlen zu verhindern.

**freiheit: Bevor wir uns aber ins Jahr 2021 stürzen, erwartet uns jetzt im Herbst noch die Wien-Wahl, die bereits am 11. Oktober ansteht. Darum als abschließende Frage: Welche Erwartungen haben Sie diesbezüglich?**

**Kurz:** Unser oberstes Ziel in Wien muss sein, eine absolute Mehrheit der Sozialdemokratie zu verhindern. Mit Gernot Blümel hat die Wiener Volkspartei einen ausgezeichneten Spitzenkandidaten, für den Wien eine echte Herzensangelegenheit ist. Ich bin zuversichtlich, dass das Wahlprogramm eines ist, das mehr Veränderung auch für Wien garantiert. Wir haben in der Bundesregierung gezeigt, dass wir unsere Wahlversprechen umsetzen und tagtäglich hart für positive Veränderung in diesem Land arbeiten. Selbstverständlich wollen wir als Volkspartei auch in Wien zulegen und ein super Ergebnis erreichen.



Foto: aabbestock.com

# Weil wir an später denken und jetzt handeln!

Österreich wird immer älter. Ein Altern in Würde ist dabei wesentlich. Unser oberstes Ziel ist eine nachhaltige Lösung der Pflegefrage. Unsere fünf Ziele sind dabei: daheim vor stationär, eine bessere Unterstützung für pflegende Angehörige, eine Personaloffensive, die Neuaufstellung der Organisation der Pflege und die Sicherstellung einer nachhaltigen Finanzierung.

In Österreich beziehen in etwa 460.000 Menschen Pflegegeld, 950.000 Menschen pflegen ihre Angehörigen daheim. All diesen Menschen sind wir verpflichtet. Darum setzt sich die Neue Volkspartei dafür ein, dass in Österreich eine qualitätsvolle Pflege möglich ist. Als Sozialsprecher der Neuen Volkspartei ist ÖAAB-Bundesobmann, Klubobmann und Sozialsprecher August Wöginger, der Verhandlungsleiter für den Bereich Pflege, da er dieses Kapitel auch bei den Regierungsverhandlungen verantwortet hat. Das aktuelle Regierungsprogramm bildet die Basis für die geplante Pflegereform. Im September erfolgte der Startschuss. Fünf Punkte stehen bei dieser Reform im Mittelpunkt.

## 1. Daheim vor stationär

Die Pflegeversorgung soll so viel wie möglich daheim oder ambulant erfolgen und nur so viel wie notwendig stationär.



Foto: ÖAAB

**„Das Thema Pflege geht uns alle an. Denn wir alle wollen alt werden, und das in Würde. Damit wir das auch gewährleisten können, starten wir jetzt den dafür notwendigen Prozess. Weil wir nicht nur an später denken, sondern jetzt handeln!“**

ÖAAB-Bundesobmann, Klubobmann und Sozialsprecher August Wöginger

## 2. Unterstützung der pflegenden Angehörigen

Ziel ist die Einführung eines Pflege-daheim-Bonus. Auch soll und muss das ehrenamtliche Engagement gestärkt werden, damit Angehörigengruppen, Besuchsdienste und die Koordination von Freiwilligen stärker gefördert werden. Außerdem soll es monatlich einen pflegefreien Tag für pflegende Angehörige geben, um diese zu unterstützen und prophylaktisch einem Burn-out-Syndrom entgegenzuwirken. Weiters hat auch die Verbesserung der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf sowie die Ausweitung der Möglichkeit zur Selbst- und Weiterversicherung für pflegende Angehörige hohe Priorität. Auch ist Anspruch auf Pensionsversicherung auch ohne vorangegangene Erwerbszeiten notwendig.

## 3. Personaloffensive

Unter Berücksichtigung eines alters-

angemessenen Curriculums soll eine Pflegelehre PFA eingeführt werden, bestehende Instrumente wie Implantation-Stiftungen und Fachkräfte-Stipendien sollen verstärkt genutzt werden. Besonders wichtig ist auch das Projekt der „Community Nurses“ in 500 Gemeinden, durch das Angehörige professionelle Unterstützung und Beratung erhalten. Auch die Steigerung der Durchlässigkeit zwischen allen Pflege-, Betreuungs- und Sozialberufen stehen auf der Agenda weit oben: So soll es keinen Ausbildungsabschluss ohne beruflichen Anschluss geben und die Anrechenbarkeit von Vorkenntnissen angehothen werden.

#### 4. Deregulierung und Digitalisierung

Es gilt, Doppelgleisigkeiten zu ver-

meiden und für eine Rückbesinnung weg von der Bürokratie und wieder hin zu den Patientinnen und Patienten zu sorgen. Im Bereich der Digitalisierung soll geprüft werden, ob das bestehende E-Card-System auch für Pflegeleistungen genutzt werden kann. Ebenso geprüft werden soll die Möglichkeit zur anonymisierten Nutzung von Pflegedaten für wissenschaftliche Zwecke und zur Weiterentwicklung des Pflegesystems unter Berücksichtigung des Datenschutzes.

#### 5. Finanzielle Absicherung für die Zukunft

Sowohl Palliativpflege als auch Hospiz sollen in die Regelfinanzierung überführt werden. Im Bereich der finanziellen Absicherung sollen be-

stehende Finanzierungsströme aus dem Bundesbudget ausgebaut und gebündelt werden.

Das Thema Pflege bildet in der Herbstarbeit des ÖVP-Parlamentsklubs einen Schwerpunkt. Unter Einbindung aller Stakeholder wie Länder, Gemeinden, Organisationen, Mitarbeitern in der Pflege sowie pflegenden Angehörigen wird die Pflegereform in Angriff genommen. „Die Pflege ist eine der großen Herausforderungen für uns als Gesellschaft und für uns in der Politik. Denn Pflege geht uns alle an. Gemeinsam und mit zeitgerechtem Handeln schaffen wir jetzt die Voraussetzungen, damit wir diese Herausforderung auch in Zukunft meistern können“, ist August Wöginger überzeugt.



Unter Einbindung aller Stakeholder wird die Pflegereform in Angriff genommen. Mit den Verantwortlichen des Hilfswerks Österreich, den Präsidentinnen und Präsidenten der Bundes- und Landesorganisationen, traf sich August Wöginger anlässlich der Hilfswerk-Sommerklausur am Attersee, um mit ihnen die Eckpunkte der Reform zu diskutieren. V.l.n.r.: Elisabeth Anselm (Geschäftsführerin Hilfswerk Österreich), Elisabeth Scheucher-Pichler (Präsidentin Hilfswerk Kärnten), Oswald Klikovits (Obmann Burgenländisches Hilfswerk), Gregor Hammerl (Obmann Hilfswerk Steiermark), Wolfgang Hattmannsdorfer (Obmann Hilfswerk Oberösterreich), August Wöginger, Christian Struber (Präsident Hilfswerk Salzburg), Othmar Karas (Präsident Hilfswerk Österreich), Christian Domany (Präsident Hilfswerk International), Michaela Hinterholzer (Präsidentin Hilfswerk NÖ), Gerald Mussnig (Geschäftsführer Hilfswerk Steiermark) und Karin Praniess-Kastner (Präsidentin Wiener Hilfswerk)

ÖAAB-Mandatare und ihr „Lieblingsort in Österreich“

## Claudia Plakolm

**Claudia Plakolm ist in Walding (Bezirk Urfaahr-Umgebung, Oberösterreich) aufgewachsen und seit ihrer Schulzeit politisch aktiv. Seit 2016 ist sie Landesobfrau der JVP in Oberösterreich und 2017 als jüngste ÖVP-Abgeordnete in den Nationalrat eingezogen. Erst kürzlich wurde die Wirtschaftspädagogik-Studentin zur neuen Bundesobfrau der Jungen ÖVP designiert. Mit ihr steht erstmals eine Oberösterreicherin an der Spitze der größten politischen Jugendorganisation des Landes.**

### **freiheit: Welcher ist Ihr Lieblingsort in Österreich und warum?**

Meine Lieblingsregion ist das Salzkammergut in Oberösterreich. Seen zum Baden, Berge zum Wandern, gutes Essen – das Salzkammergut hat alles, was ich mir für einen entspannten freien Tag vorstelle. Es ist ein großes Glück, dort daheim zu sein, wo andere Urlaub machen. Ich muss nicht weit fahren, um inmitten der schönsten Natur Erholung zu finden.

### **freiheit: Gibt es ein spezielles Erlebnis, das Sie besonders mit diesem Ort verbinden?**

Schon als Kind war ich viel im Salzkammergut unterwegs. Unsere Familienurlaube haben uns oft dorthin geführt, eigentlich machen wir das bis heute. „Urlaub am Bauernhof“ war damals für uns Kinder, meine Geschwister und mich,

immer ganz besonders aufregend und kurzweilig. Damit verbinde ich sehr schöne und herzliche Erinnerungen.

### **freiheit: Haben Sie für unsere Leserinnen und Leser einen „Insider-Tipp“ für diesen Ort?**

Ich bin nicht die Einzige, der das Salzkammergut so gut gefällt ☺. Insofern empfiehlt es sich, zum Wandern früh genug aufzubrechen, wenn noch weni-

ger los ist. Bei einer Wanderung auf den Schafberg kann ich empfehlen, oben zu übernachten und in der Früh vom Berg aus – mit Blick auf das gesamte Salzkammergut mit seinen vielen Seen und Bergen – den Sonnenaufgang zu beobachten! Wer es nicht ganz so sportlich angehen möchte, kommt mit der Schafbergbahn, der steilsten Zahnradbahn Österreichs, gemütlich auf den Gipfel.

### **freiheit: Was wäre – in Nicht-Corona-Zeiten – Ihr Lieblingsort außerhalb Österreichs und warum?**

Ich bin eigentlich nicht die große Weltbummlerin, ich fliege nicht so gerne weit weg, weshalb ich auch in Nicht-Corona-Zeiten am allerliebsten Urlaub in Österreich mache. Neben dem Salzkammergut gefällt es mir auch in Tirol und in Kärnten besonders gut.



Claudia Plakolm bei einer ihrer Wanderungen auf den Schafberg

Foto: privat

## FREIHEIT | PARLAMENTARISMUS ERKLÄRT

### Die Interparlamentarische Union (IPU)

Die IPU – die Inter-Parliamentary Union bzw. Interparlamentarische Union – ist die Weltorganisation der nationalen Parlamente. Sie wurde vor mehr als 130 Jahren als erste multilaterale politische Organisation der Welt gegründet, um Zusammenarbeit und Dialog zwischen allen Nationen zu fördern, und hat sich von einer kleinen Gruppe von Parlamentarier/innen zu einer großen, globalen Gemeinschaft entwickelt. Heute umfasst die IPU 179 nationale Mitgliedsparlamente und 13 regionale parlamentarische Versammlungen. Die IPU fördert die Demokratie und

unterstützt Parlamente u.a. dabei, stärker und jünger zu werden. Zweimal im Jahr beruft die IPU mehr als 1.500 parlamentarische Delegierte und Partner/innen zu einer Generalversammlung ein. Das weltweite Treffen der Interparlamentarischen Union hätte am 19. und 20. August 2020 in Kooperation mit den Vereinten Nationen und dem österreichischen Parlament in Wien stattfinden sollen. Aufgrund der Corona-Pandemie wurde dieses physische Treffen durch eine virtuelle Konferenz ersetzt. Es ist aber gelungen, die physische Konferenz auf das nächste Jahr

zu verschieben. Wien bleibt Austragungsort und das österreichische Parlament Kooperationspartner. „Wir wollten mit diesem Austausch in virtueller Form ein Zeichen setzen, dass die multilaterale Zusammenarbeit der Parlamente auch und gerade in Krisenzeiten funktioniert“, sagt Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka. Auf dem Programm der Videokonferenz standen neben Themen der weltweiten Stärkung von Demokratie und Parlamentarismus globale Herausforderungen wie die Corona-Pandemie, Klimawandel und Terrorismusbekämpfung.

# Splitter aus dem Parlament

## Bundesratspräsidentin Eder-Gitschthaler für respektvollen Umgang auf heimischen Almen

Das Motto des heurigen Sommers „Almen statt Palmen“ nahm sich auch Bundesratspräsidentin Andrea Eder-Gitschthaler zu Herzen und lud zu einer Almwanderung mit Abgeordneten des Bundesrates aus allen Bundesländern und Fraktionen und des Salzburger Landtages auf die Bichlalm im Großarlal. „Almen fördern mit ihren einzigartigen Landschaftsangeboten und selbst erzeugten Produkten den Fremdenverkehr. Die durch die Corona-Pandemie bedingten Reiserestriktionen führen uns gerade jetzt wieder vor Augen, welche Schätze zur Erholung vor unserer



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Almwanderung am Gipfel oberhalb der Bichlalm im Großarlal

Haustüre liegen. Unsere Almbauern stehen aber Herausforderungen gegenüber, bei denen sie unsere Unterstützung brauchen, um die nachhaltige Bewirtschaftung der österreichischen Almen zu sichern“, so die Präsidentin der Länderkammer.

## Sobotka bedankt sich bei Polizei für Schutz des Parlaments

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka bedankte sich persönlich bei jenen fünf Polizeibeamten, die Ende April einen drohenden Angriff auf das österreichische Parlament verhindert haben. Er überreichte den Beamten der Bundespolizei und der WEGA in der Polizeiinspektion Regierungsviertel/BKA am



NR-Präsident Wolfgang Sobotka bedankt sich bei den Polizisten der Polizeiinspektion Regierungsviertel/BKA für ihren Einsatz zum Schutz des Parlaments

Ballhausplatz im Namen des österreichischen Parlaments Dankesdekrete. „Ihr beherztes Einschreiten hat womöglich Schlimmeres in dem Fall verhindert. Dafür herzlichen Dank“, sagte Sobotka. Am Vormittag des 28. April wurde ein Passant auf das verdächtige Verhalten eines Mannes aufmerksam, der sich erkundigte, wie er zum Parlament kommen könne. Der Achtsamkeit eines am Ballhausplatz eingesetzten Beamten der Bundespolizei war es zu verdanken, dass der Verdächtige, der eine Machete mit sich führte, ausfindig gemacht und schließlich von Einsatzkräften der WEGA überwältigt werden konnte.

## Parlaments-Glaskuppel montiert

Die 180 Tonnen schwere Glaskuppel über dem Sitzungssaal des Nationalrats ist fertig montiert. Mit äußerster Präzision wurden die Glaspaneele in die



Kranfahrt über das Parlamentsdach: Fertig montierte Glaskuppel

Gitternetzschale eingesetzt. In Zukunft wird es im Plenarsaal des Nationalrats also Tageslicht geben, sodass die Abgeordneten direkt ins Freie schauen können. Die Kuppel besteht aus elektrochromem Glas. Das bedeutet, dass die Lichtdurchlässigkeit gesteuert werden kann. Die Gläser können also bei Bedarf verdunkelt werden, damit zum Beispiel die Sonne nicht blendet. Die Glaskuppel ist zudem ein Zeichen für Transparenz. Sie misst 28 Meter im Durchmesser und überspannt damit eine Fläche von zirka 550 Quadratmetern.

## Arbeitsgespräch in Salzburg

Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka traf in Salzburg EU-Kommissar



NR-Präsident Wolfgang Sobotka (li.), EU-Kommissar Johannes Hahn (Mitte) und EVP-Fraktionsvorsitzender Manfred Weber (re.) trafen einander zu einem Arbeitsgespräch in Salzburg

Johannes Hahn und den Fraktionsvorsitzenden der Europäischen Volkspartei, Manfred Weber, zu einem Arbeitsgespräch. Im Mittelpunkt stand dabei im Wesentlichen die Corona-Pandemie. Wolfgang Sobotka: „Wir brauchen einheitliche Standards in den Corona-Testungen, um zwischen den Staaten die Infektionszahlen valide vergleichen zu können. Es ist wichtig, dass wir uns für die nächste Herausforderung rüsten, die mit Sicherheit kommt. Auch was den Impfstoff betrifft, wünsche ich mir eine europäische Solidarität. Das wäre ein schönes und notwendiges Signal der Gemeinschaft.“

# Eine starke FCG



Im Mittelpunkt der Mensch

[goedfcg.at](http://goedfcg.at)



**göd.fcg**

**Kolleginnen und Kollegen stärken.  
Verantwortung leben.**

# Öffentlicher Dienst sorgt für Stabilität

**Am 11. März 2020 wurde von der Weltgesundheitsorganisation die Ausbreitung des Coronavirus zur „COVID-19-Pandemie“ erklärt. Zum Schutz der Gesundheit und der medizinischen Versorgungssicherheit erfolgte fünf Tage darauf der „Lockdown“ – Friseure, Gasthäuser, Schulen, Universitäten, Baumärkte und viele Betriebe in weiteren Branchen mussten geschlossen werden. Seit einem halben Jahr also dominiert das Coronavirus unser Leben.**

von Otto Aigelsperger

Gerade hier war der Öffentliche Dienst besonders gefordert. Kolleginnen und Kollegen in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit, Bildung, Justiz, Forschung, Verwaltung, in Krisenstäben, in allen Ministerien, Bundesländern und ausgegliederten Einrichtungen, alle Kolleginnen und Kollegen, die mittels Teleworking unter schwierigen Bedingungen ihre Leistungen erbringen, oder diejenigen, die auf Abruf in Bereitschaft sind, und viele andere mehr – sie alle geben ihr Bestes und gehen an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit.

Im Gesundheitsdienst wurde vom gesamten Personal unter schwierigsten Bedingungen Großartiges geleistet. Im Vordergrund steht die Herausforderung der Behandlung einer neuen Krankheit, mit der es keine Erfahrung und für die es kein Gegenmittel gibt. Als belastend kommen das permanente Tragen von Schutzmasken und Schutzkleidung, Besuchsverbote, die Sorge, ob die Kapazitäten ausreichen, und die Sorge um die eigene Gesundheit hinzu.

Die Schulen haben in dieser außergewöhnlichen Situation einen unverzichtbaren Beitrag geleistet, in kürzester Zeit wurden Lernmöglichkeiten für das „Home-Schooling“ zur Verfügung gestellt. Für Kinder in Schulen und Kindergärten, deren Eltern mit ihrer Arbeit die Gesundheit, die Pflege, die Sicherheit oder die Versorgung mit



Foto: Andri Bruckner

Medikamenten und Lebensmitteln für uns alle aufrechterhalten, wurde eine bedarfsgerechte Betreuung sichergestellt.

In den Bezirksverwaltungsbehörden (Bezirkshauptmannschaften und Magistraten), bei denen als zentraler Drehscheibe die operative Zuständigkeit bei der Umsetzung des Epidemiegesetzes und den darauf basierenden Verordnungen liegt, muss neben dem Regelbetrieb beispielsweise Heimquarantäne verfügt und werden.

In den Gefängnissen musste Besuchsverbot verhängt werden. Durch professionelles Handeln aller Bediensteten kam es zu keinen Unruhen in den Gefängnissen – wie dies in anderen Ländern der Fall war.

Bei der Polizei war es zur Aufrechterhaltung der Einsatzkraft und des Durchhaltevermögens notwendig, Urlaubssperren zu erlassen.

Einer besonderen Herausforderung musste sich auch das Bundesheer stellen. Erstmals wurde die Miliz einberufen, für Grundwehrdiener wurde der Präsenzdienst verlängert, Soldatinnen und Soldaten stellten die Grundversorgung bei Post und in Lebensmittelmärkten sicher.

In der Verwaltung wurden mittels „Homeoffice“ die gesamte staatliche Infrastruktur am Laufen gehalten, Anliegen bearbeitet und Bescheide ausgestellt – unbemerkt also nahezu ein „Normalbetrieb“ gewährleistet.

Wir können auf die Leistungen des öffentlichen Dienstes und seiner Bediensteten stolz sein, das Funktionieren des Gemeinwesens in dieser Krise wurde und wird wesentlich durch die vielen Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst aus allen Bereichen sichergestellt!

*Der Autor ist Leiter des Bereichs Organisation und Wirtschaft in der GÖD. Rückmeldungen zu diesem Artikel bitte an: [otto.aiglsperger@goed.at](mailto:otto.aiglsperger@goed.at)*

## Zahlen, Daten & Fakten

# Was sind Lohnnebenkosten?

Immer wieder taucht die Frage auf, was eigentlich unter Lohnnebenkosten zu verstehen ist. Es ist weit weniger kompliziert, als es oft dargestellt wird. Hier die Fakten.

„Um die Lohnnebenkosten ranken sich zahlreiche Mythen, viele wissen nicht, was darunterfällt. Deshalb haben wir kurz zusammengestellt, worum es sich handelt“, sagt BAK-Vizepräsident und AK Tirol-Präsident Erwin Zangerl.

### Die Fakten

Die Dienstgeberbeiträge zur Sozialversicherung für Arbeiter und Angestellte (= Lohnnebenkosten im engeren Sinn) beinhalten die Krankenversicherung (3,78%), die Unfallversicherung (1,20%), die Pensionsversicherung (12,55%), die Arbeitslosenversicherung (3%), den Wohnbauförderungsbeitrag (0,5%), den Zuschlag zum Insolvenz-Entgelt-Fonds (0,2%), den Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds (3,9%) und die Kommunalsteuer (3%). Zu den Lohnnebenkosten im weiteren Sinn zählen auch Sonderzahlungen wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Entgeltfortzahlungen bei Krankenstand, Arztbesuchen, Urlaub etc., gesetzliche Abfertigung und Zuschläge (z. B. bei Überstunden) und Zulagen.

Mit den Lohnnebenkosten werden unter anderem Kranken-, Pensions- und Arbeitslosenversicherung finanziert. Es findet sich auch ein Beitrag zum sogenannten Insolvenz-Entgelt-Fonds darin. Dieser sichert die Löhne der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Falle der Insolvenz des Arbeitgebers. Und der Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds finanziert ei-



Erwin Zangerl ist BAK Vizepräsident und Präsident der AK Tirol

nen Teil der Familienbeihilfe, die von allen, also auch von den Unternehmerinnen und Unternehmern – einkommensunabhängig übrigens – bezogen werden kann. Damit finanzieren Lohnnebenkosten einen erheblichen Teil des sozialen Netzes in unserem Land.

### Die Zahlen

Bei der Verrechnung von Löhnen und Gehältern wird vom Bruttobezug, inklusive der Entlohnung für Überstunden, Sachbezüge, Zuschläge und dergleichen, zunächst der **Dienstnehmeranteil zur Sozialversicherung in Höhe von 18,12%** abgezogen. Darin enthalten sind die Kranken-, Pensi-

ons- und Arbeitslosenversicherung sowie die AK-Umlage und die Wohnbauförderung.

**Der Dienstgeberanteil zur Sozialversicherung beträgt 22,76% vom Bruttolohn.** Darin enthalten sind neben Kranken-, Pensions-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung auch der Wohnbauförderungsbeitrag, der Zuschlag nach dem Insolvenz-Entgeltsicherungsgesetz und der Beitrag zur betrieblichen Mitarbeitervorsorge (Abfertigung neu). Hinzu kommen ein Beitrag zum Familienlastenausgleichsfonds und die Kommunalsteuer von insgesamt 6,9%.



Foto: NLK Burchhart

Geballte Frauenpower: Christine Haberlander (li.) und Christiane Teschl-Hofmeister (re.) stehen an der Spitze der ÖAAB-Landesorganisation in Ober- und Niederösterreich (Archivbild aus der Vor-Coronazeit)

## Frauenpower im ÖAAB

Zwei Landesorganisationen setzen auf weibliche Führungskraft für die christlich-soziale Arbeitnehmerbewegung ÖAAB: In Niederösterreich folgt Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister dem langjährigen Landesobmann Wolfgang Sobotka und in Oberösterreich löst Landeshauptmann-Stellvertreterin Christine Haberlander Landesobmann August Wöginger ab.

„Wir ziehen keine Bilanz. Wir stellen Weichen“, stellt NÖAAB-Landesobmann Wolfgang Sobotka im Frühjahr bei der Präsentation seiner designierten Nachfolgerin klar. Er wolle Niederösterreichs größte Arbeitnehmerorganisation nicht nur inhaltlich, sondern auch personell neu aufstellen. Und hat dazu eine neue, geschäftsführende Obfrau an seine Seite geholt: Christiane Teschl-Hofmeister.

**„Als moderne Arbeitnehmervertretung beschränkt der ÖAAB seine Themen nicht alleine auf den Arbeitsplatz. Viel mehr denken wir auch alle weiteren relevanten Aspekte aus dem Leben der Menschen mit und gestalten so jene Voraussetzungen mit, die sie brauchen um auch weiterhin selbstbewusst arbeiten und selbstbestimmt leben zu können.“**

gf. Landesobfrau  
Christiane Teschl-Hofmeister

Die Bildungs-, Familien- und Sozial-Landesrätin leitet den NÖAAB bis zum Landestag im November gemeinsam mit dem bisherigen Obmann. „Mit ihr“, so Landesobmann Wolfgang Sobotka, „haben wir eine, die mehr als prädestiniert ist, auch, weil sie Beruf und Familie verbindet, weil sie den Mut zum Umstieg hatte, und weil sie die Menschen mag.“ Und weiter: „Sie ist eine starke Stimme!“ Dem schloss sich auch NÖs Landesvorstand an und nominierte Teschl-Hofmeister einstimmig.

Auch in Oberösterreich war man sich einig: Der Landesvorstand des ÖAAB Oberösterreich hat Landeshauptmann-Stellvertreterin Christine Haberlander einstimmig zur neuen geschäftsführenden Landesobfrau gewählt. Haberlander führt die OÖ-Landesorganisation bis zum nächsten ordentlichen Landestag im Frühjahr 2021 gemeinsam mit dem bisherigen Landesobmann August Wöginger und stellt sich beim Landestag der Wahl zur Landesobfrau des ÖAAB Oberösterreich.

**„Die Arbeitswelt der Zukunft stellt uns vor neue Herausforderungen, für die wir die richtigen Perspektiven brauchen. Es gilt, Arbeit neu zu denken und die Chancen des digitalen Wandels zu nutzen. Dazu gehört Bildung, und das ein Leben lang. Auch in der Betreuung von Jung und Alt braucht es neue Antworten, um beides zu sichern.“**

gf. Landesobfrau  
Christine Haberlander

„Diese Weichenstellung stärkt die gesamte Organisation der Arbeitnehmer in der Volkspartei. Wir sind in Zukunft noch breiter aufgestellt“, sind sich Wöginger und Haberlander einig. „Die ÖVP-Arbeitnehmerorganisation ist damit noch besser an den maßgeblichen Schnittstellen verankert und kann sich so weiterhin aktiv in die positive Weiterentwicklung im Sinne der Arbeitnehmer und Familien auf Landes- und Bundesebene einbringen.“

# Unterwegs in Österreich



Foto: ÖAAB Kärnten

## Neues Team für den ÖAAB Bleiburg

Eine völlige Neuaufstellung vollzog Mitte August der ÖAAB Bleiburg: Kristina Anna Müller folgt als neue Obfrau dem bisherige Obmann Anton Polzer. Gemeinsam mit ihrem neuen Team, Obfrau-Stv. Alfred Moser, Schriftführer Thomas Dobnig und Schriftführer-Stv.in Juliane Roschitz, will sie als Ansprechpartnerin vor Ort für die größte Personengruppe unter den Berufstätigen zur Verfügung stehen. Auch Vzbgm. Daniel Wriessnig und GPO Johann Tomitz folgten der Einladung des ÖAAB Bleiburg in die Buschenschank Fleiß, um gemeinsam mit der Landesobfrau des ÖAAB Kärnten Angelika Kuss-Bergner und Landesgeschäftsführer Markus Mischensky dem neuen Team zur Wahl zu gratulieren. Im Bild (v.l.n.r.): Sarah Klatter, Veronika Tschernko, Alfred Moser, Raphael Paulitsch, Juliane Roschitz, Markus Mischensky, Kristina Anna Müller, Johann Rigelnik, Daniel Wriessnig, Thomas Dobnig, Anton Polzer, Angelika Kuss-Bergner und Johann Tomitz.



Foto: ÖAAB Salzburg

## Eiskaffee auf der Schranne

Ein beliebter Treffpunkt für die Salzburgerinnen und Salzburger ist die Schranne. Jeden Donnerstag bieten Händlerinnen und Händler aus der Stadt und dem Umland regionale Köstlichkeiten, Blumen sowie Handwerk zum Verkauf an. Ein perfekter Platz, um mit den Menschen in Kontakt zu treten, und die heurige ÖAAB-Eiskaffee-Verteilaktion zu starten. Gemeinsam mit ÖAAB BO-Stv. Salzburg Stadt Georg Stockinger (li.) und der FCG-Younion Vorsitzenden Salzburg Walburga Rauch (Mitte) verteilte der Salzburger ÖAAB-Landesobmann Karl Zallinger (re.) Eiskaffee, informierte die Passanten über die aktuellen Themen der Bundespolitik und freute sich über einen konstruktiven Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern der Mozartstadt.



Foto: ÖAAB

## Wahlauftakt in der BVAEB

Zum Wahlauftakt lud die ÖAAB/FCG-Betriebsgruppe in der BVAEB anlässlich der Personalvertretungswahl den ÖAAB-Bundesobmann August Wöginger und den ÖAAB-Generalsekretär Christoph Zarits in die Zentrale der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter, Eisenbahnen und Bergbau im 8. Wiener Gemeindebezirk. Neben der ÖAAB-Spitze konnte FCG-Spitzenkandidat und Betriebsgruppenobmann-Stv. Florian Kahl auch Obmann Norbert Schnedl, Generaldirektor Gerhard Vogel und viele weitere Mitglieder der Betriebsgruppe begrüßen. Neben einem aktiven Austausch zu den aktuellen Themen in der Sozialversicherung und in der heimischen Politik, brachten die ÖAABler Eiskaffee aus dem Heimatbundesland des Bundesobmanns als Gastgeschenk mit. Im Bild (v.l.n.r.): Christoph Zarits, August Wöginger, Florian Kahl, Gerhard Vogel und Norbert Schnedl.



Foto: NÖAAB

## Gute Laune beim NÖAAB-Familienfest

Als Zeichen des Dankes an die NÖAAB-Mitglieder und Funktionärinnen und Funktionäre für die herausfordernde Zeit in den vergangenen Wochen und Monaten wurde, bereits zum fünften Mal, zum NÖAAB-Familienfest geladen. Gemeinsam mit der gesamten Familie verbrachten alle einen abwechslungsreichen, spannenden, aber auch erholsamen Tag in Tulln. Neben dem Testen von Fitnessgeräten, einem Kräuterquiz und der Möglichkeit, Riesenseifenblasen zu machen, konnten die Familien im Wasserpark Boot fahren. Zahlreiche Ehrengäste, darunter Landesrat Martin Eichtinger, Abg.z.NR Friedrich Ofenauer und Tullns Bürgermeister Peter Eisenschenk, nutzten die Gelegenheit, um bei strahlendem Sonnenschein gemeinsam etwas Zeit abseits des politischen Parketts zu verbringen. Im Bild (v.l.n.r.): Vorstandsdirektor der WAV Manfred Damberger, LR Martin Eichtinger, LAK-Präsident Andreas Freistetter, AK-Vizepräsident Josef Hager, NÖAAB-Obfrau Christiane Teschl-Hofmeister, Abg.z.NR Friedrich Ofenauer mit drei jungen Besucherinnen des NÖAAB-Familienfests.

## FREIHEIT | BUCHTIPP

**Leuchtfener – Orientierung nach tausend Tagen im Europäischen Parlament**

Der ehemalige ÖAAB-Generalsekretär Lukas Mandl hat nach seinen ersten tausend Tagen als österreichischer Abgeordneter im Europa-Parlament ein Büchlein unter dem Titel „Leuchtfener“ herausgebracht. Eine Nacherzählung sucht man darin vergeblich. Vielmehr hat Mandl auf gut 100 Seiten „Orientierungspunkte für die Zukunft“ aufgeschrieben. Er erklärt darin sein Arbeitsmotto „Rot-Weiß-Rot in Europa“ und beschäftigt sich vertieft mit seinen Aufgaben als Sprecher der ÖVP-Delegation für innere Sicherheit und für den Arbeitsmarkt. Aktuell arbeitet Mandl als Berichterstatter der Europäischen Volkspartei unter anderem an parlamentarischen Dokumenten zu den Arbeitnehmervertretungs-Rechten und zum gemeinnützigen Wohnbau.



Das Buch kann online unter [lukasmandl.eu](http://lukasmandl.eu) kostenlos bestellt werden.

Foto: Claudia Plakolm

**Almen statt Palmen**

Der diesjährige Sommer stand klar unter dem Motto „Almen statt Palmen“ und auch die oberösterreichischen Abgeordneten aus dem Parlament nahmen sich dieses Motto zu Herzen, um einen gemeinsamen Wandertag zu unternehmen. Bei perfektem Bergwetter erklommen sie den Loser im steirischen Nachbarbundesland. Trittsicherheit und festes Schuhwerk waren bei der Wanderung erforderlich, und die Abgeordneten bewiesen, dass sie nicht nur am politischen Parkett sicher unterwegs sind. Im Bild (v.l.n.r.): Claudia Plakolm, Hans Singer, Bettina Zopf, Therese Niss, Laurenz Pöttinger, Klaus Furlinger, Michael Hammer, August Wöginger, Johanna Jachs und Manfred Hofinger.

# Einfach zufrieden wohnen.

Geförderter Wohnbau in ganz Niederösterreich, z.B. in:

- Amstetten
- Bad Deutsch-Altenburg
- Erlauf
- Felixdorf
- Kasten
- Ternitz-Pottschach
- Schrattenberg
- Warth



[www.nbg.at](http://www.nbg.at) | [verkauf@nbg.at](mailto:verkauf@nbg.at) | T 02236/405-0  
NBG | Südstadtzentrum 4 | 2344 Maria Enzersdorf

# Das ÖAAB-Team für ein starkes Wien!



**Gernot Blümel**  
Landesparteiobmann und  
Finanzminister  
Landesliste Platz 1

Unsere ÖAAB-Kandidatinnen  
und Kandidaten für die Bezirks-  
vertretungen und den Landtag



**Bernadette Arnoldner**  
ÖVP-Landesgeschäftsführerin  
Landesliste Platz 2, Spitzenkandidatin für  
den Gemeinderat in Liesing



**Elisabeth Olischar**  
Klubobfrau  
Landesliste Platz 6



**Hannes Taborsky**  
Landesgeschäftsführer ÖAAB-Wien  
Spitzenkandidat für den Gemeinderat in  
Penzing



**Manfred Juraczka**  
Abgeordneter zum Wiener Landtag  
Gemeinderat  
Landesliste Platz 7



**Erol Holawatsch**  
Leiter Fachbereich Eigene Einrichtungen ÖGK  
Spitzenkandidatin für den Gemeinderat in  
Floridsdorf



**Wolfgang Kieslich**  
Vertragsbediensteter im BMK  
Landesliste Platz 11, Spitzenkandidat für den  
Gemeinderat in Simmering



**Caroline Hungerländer**  
Abgeordnete zum Wiener Landtag,  
Gemeinderätin, Spitzenkandidatin für den  
Gemeinderat in der Donaustadt



**Isabelle Jungnickel**  
Immobilienverwalterin  
Landesliste Platz 12, Spitzenkandidatin für  
den Gemeinderat im Wahlkreis Zentrum



**Markus Figl**  
Bezirksvorsteher  
Spitzenkandidat für die Bezirksvertretung  
in der Inneren Stadt



**Karl Mahrer**  
Nationalrat  
Landesliste Platz 13



**Natascha Fussenegger**  
Angestellte  
Spitzenkandidatin für die Bezirksvertretung  
in Penzing



**Thomas Rasch**  
Vorsitzender FCG-Wien, BR-Vorsitzender BIG  
Landesliste Platz 25



**Christian Klar**  
Schulleiter  
Spitzenkandidat für die Bezirksvertretung  
in Floridsdorf